



2021/22 Thema

<https://jungle.world/artikel/2021/22/historisierung-bedeutet-ueber-gefuehle-hinauszugehen>

Enzo Traverso, Historiker, im Gespräch über die Aufarbeitung der »bleiern Jahre« in Italien

»Historisierung bedeutet, über Gefühle hinauszugehen«

Interview von **Andrea Brazzoduro**

Am 28. April wurden ehemalige Mitglieder der italienischen revolutionären Linken, die vor Jahrzehnten nach Frankreich geflüchtet waren, bei der Polizeiaktion »Rote Schatten« in Paris verhaftet. Die italienische Justiz lastet ihnen eine Reihe von Verbrechen an, die sie zwischen 1972 und 1982 begangen haben sollen - von Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung bis zu Mord. Geht es darum, »mit dem 20. Jahrhundert abzuschließen«, wie die Tageszeitung *La Repubblica* schreibt?

Das 20. Jahrhundert ist seit 1989 abgeschlossen. Seither hat sich die Welt verändert und mit ihr Italien. In vielerlei Hinsicht ist es schlimmer geworden. In vielerlei Hinsicht ist es schlimmer geworden: Das, was die Medien gewöhnlich als »zweite« und »dritte« Republik bezeichnen«, lässt uns an die erste denken, die von Männern und Frauen geschaffen worden war, die den Faschismus bekämpft hatten. Dennoch bleibt das Erbe des 20. Jahrhunderts überwältigend, viele grundsätzliche Probleme plagen unser Land weiterhin, darunter die Mafia, die Südfrage, der Rassismus und die Korruption. Einige dieser Probleme haben sich verschlimmert, zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit und der postkoloniale Rassismus, der viel weiter verbreitet ist, seit Italien ein Einwanderungsland ist.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörte Italien zu den reichsten Ländern der westlichen Welt. In den vergangenen 30 Jahren hat sich das geändert. Das Land erlebt einen ständigen Rückgang der Bevölkerung, will aber keine Einwanderer integrieren und gewährt nicht einmal den Einwanderern der zweiten Generation die Staatsbürgerschaft; seine Führungsschicht altert, inzwischen gibt es eine beeindruckende intellektuelle italienische Diaspora, ähnlich wie bei Ländern des globalen Südens. Die wirtschaftlich führenden Kreise sind sehr reich geworden, ohne Wohlstand für alle zu produzieren. Die Zeitung *La Repubblica* ist eine der treuesten Vertreterinnen dieser Kreise, denn inzwischen gibt der CEO von Fiat die Ernennung von Redakteuren dieser Zeitung bekannt. Mit dem 20. Jahrhundert abzuschließen, bedeutet, sich diesen Problemen zu stellen.

Die Reaktionen auf die Verhaftungen in der italienischen Politik und den Medien waren überraschend einstimmig: Von einer »Pflicht zur Vergangenheitsbewältigung«

(Ezio Mauro) und »besonders schmerzhaften Wunden« (Marta Cartabia) war die Rede. Siebeschäftigen sich schon sehr lange mit dem Verhältnis zwischen Geschichte, Erinnerung, Justiz und Politik: Was halten Sie davon, und gibt es wirklich Wunden zu heilen?

Für diejenigen meiner Generation, die diese Jahre miterlebt haben, besteht kein Zweifel, dass es schmerzhaft Wunden gibt, die noch nicht verheilt sind. Die in Frankreich verhafteten Personen sind die Ersten, die das erkennen. Die Frage ist, wie man die Geschichte aufarbeitet. Mario Calabresi, der Sohn des 1972 ermordeten Polizeikommissars (Luigi Calabresi, Anm. d. Red.), hat gesagt, dass die Nachricht von der Verhaftung Giorgio Pietrostefanis (1991 als mutmaßlicher Auftraggeber des Mordes an Calabresi zu 22 Jahren Haft verurteilt, nutzte eine Haftunterbrechung zur Flucht nach Frankreich, Anm. d. Red.) in ihm keine Gefühle der Erleichterung, Genugtuung, Wiedergutmachung oder Gerechtigkeit wecke, sondern nur Kummer und Verlegenheit. In Italien haben die Medien und die offizielle Kultur nicht gewusst, wie sie die *anni di piombo* (bleierne Jahre, Anm. d. Red.) aufarbeiten sollen, vor allem aber wollten sie das nicht. Sie haben über Sondergesetze und Verhaftungen berichtet und diskutiert sowie die sogenannten Staatsfeinde als Monster dargestellt. Die ehemaligen Brigadisten sowie einige Historiker – ich möchte Giovanni de Luna erwähnen – gehören wahrscheinlich zu den wenigen, die einen wirklichen Beitrag zum Verständnis jener Jahre und zu einer kritischen Erinnerung an sie geleistet haben. Die ehemaligen Brigadisten haben ihre Verbrechen zugegeben, über ihre Fehler nachgedacht und versucht, die Gründe für ihre Entscheidungen zu verstehen und zu erklären. Wer ein Minimum an intellektueller Ehrlichkeit besitzt, sollte erkennen, dass die sogenannte Pflicht zur Vergangenheitsbewältigung etwas anderes fordert als eine verspätete Repression.

In diesen Tagen gedenken wir dem Jahrestag der Pariser Kommune. Mein Eindruck ist, dass die Medien und die Politik in Italien, fünfzig Jahre später, den Terrorismus immer noch so exorzieren, wie es die französische Kultur in Bezug auf die Kommune in den 1870er Jahren tat. Die Kommune war weder eine Revolution noch das Produkt einer sozialen und politischen Krise, sie war eine Epidemie, die Ausbreitung eines ansteckenden Virus, der mit den drastischsten Methoden bekämpft werden musste. Die Kommunarden hatten kein politisches Projekt, sie galten als »Werwölfe«, wilde Bestien, blutdürstige Verrückte, Feinde der Zivilisation, vom Alkohol erregte Pyromanen. Die Repression war brutal, aber zehn Jahre später erließ die Dritte Republik eine Amnestie und die Kommunarden kehrten aus Exil und Deportation zurück. Die Kommune wurde sogar als ein Gründungserlebnis der Republik reklamiert.

Es scheint mir, dass in Italien der Terrorismus und die politische Gewalt der siebziger Jahre noch immer mit demselben kurzsichtigen und rachsüchtigen Blick betrachtet werden wie vor einige Jahrzehnten: Terroristen sind Ungeheuer, die ihre Schuld vor der Justiz begleichen müssen. Wenn das die Botschaft ist, die man denjenigen vermitteln will, die diese Jahre nicht erlebt haben, dann ist das die schlechteste Art, die Pflicht zur Vergangenheitsbewältigung zu erfüllen.

In einem Essay über Geschichte, Erinnerung und Politik befassen Sie sich mit dem Verhältnis von Wahrheit und Gerechtigkeit. Die »Verrechtlichung der Vergangenheit« (Henry Rousso) verhalte sich umgekehrt proportional zur Rede vom »Ende der Ideologien«, auf der der »kapitalistische Realismus« (Mark Fisher) gründet. Ist das ein Schlüssel, der uns ermöglicht, die Polizeiaktion in Paris zu erklären?

Zu glauben, man könne juristisch auf die Ermordung Aldo Moros und seiner Leibwächter 1978 (Moro war damals Vorsitzender der Christdemokratischen Partei, Anm. d. Red.) sowie auf die von Calabresi reagieren, indem man die letzten aus Italien Geflohenen ins Gefängnis steckt, ist vor allem Ausdruck einer Blindheit und eines Unverständnisses, die offensichtlich nicht das Ergebnis von Naivität sind. Sie werden seit Jahrzehnten verfolgt. Es ist anachronistisch zu denken, dass wir im Jahr 2021 gerichtlich auf Ereignisse reagieren können, die in den 1970er Jahren stattgefunden haben. Wenn man das Prinzip ihrer Unverjährbarkeit akzeptiert und diese Tatsachen folglich mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichsetzt, gerät man in ein Gewirr von unauflösbaren Widersprüchen: Pietrostefani und Petrella wie Eichmann? Im Jahr 1946 verkündete Palmiro Togliatti, damals Justizminister der ersten republikanischen Regierung, eine Amnestie für diejenigen, die sich während des Bürgerkrieges der schlimmsten faschistischen Verbrechen schuldig gemacht hatten. Wie kann man Jahrzehnte später die verfolgende Verbissenheit gegenüber den Protagonisten der bleiernen Jahre rechtfertigen, die in Frankreich Zuflucht suchten?

Seit der Antike – man denke an die Peloponnesischen Kriege – hat Amnestie immer wieder Bürgerkriege und von Gewalt geprägte politische Krisen beendet. Das 1946 von Togliatti erlassene Amnestiegesetz war Teil eines allgemeinen Trends und hatte Entsprechungen in ganz Europa. Kollaborateure und Ex-Faschisten füllten bis in die 1970er Jahre Präfekturen, Polizeipräsiden und Regierungsbüros auf dem ganzen Kontinent. In Italien, so Paul Ginsborg (1989), waren in den frühen 1960er Jahren alle Präfekten hohe Beamte des faschistischen Regimes. In Spanien galt die Amnestie während des Übergangs zur Demokratie sowohl für antifaschistische Exilanten als auch für die Verantwortlichen des Franco-Regimes.

Südafrika schuf nach dem Ende der Apartheid eine Wahrheits- und Versöhnungskommission, die gerichtliche Untersuchungen und strafrechtliche Verurteilungen im Austausch für die Wahrheitsfindung ausschloss. Dem südafrikanischen Beispiel folgten viele Länder, vor allem in Lateinamerika. Diese historischen Erfahrungen sind natürlich nicht direkt mit der Situation in Italien vergleichbar, aber das Modell bleibt nützlich, um, wie es heißt, die Vergangenheit zu bewältigen. In Italien ist das nie diskutiert worden. Die Einzigen, die über ihre Erfahrungen berichtet haben, sind die ehemaligen Brigadisten. Der Staat hat auch kaum etwas getan, um Putschversuche, die sogenannte Strategie der Spannung und die neofaschistische Gewalt jener Jahre aufzuklären, die viel mehr Opfer forderte als der Terrorismus der Linken.

Diejenigen, die »die Pflicht zur Vergangenheitsbewältigung« einfordern, sollten sich diese Fragen stellen.

Für diese italienische »Pathologie« gibt es jedoch eine Erklärung. Der Staat ist unnachgiebig gegenüber seinen Feinden, sehr entgegenkommend oder selbstgefällig gegenüber der Gewalt, die von seinen eigenen Agenten und Vertretern ausgeübt wird. Die Verschwörungen zur Vorbereitung eines Staatsstreichs, die Nähe des Staatsapparats mit neofaschistischen Gruppen, die Bomben in die Züge legten, wurden ausgeblendet; die Verfolgung der linken Terroristen stärkte stattdessen die Stabilität der Institutionen. Dies galt nicht nur für Italien. Viele Studien haben gezeigt, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Verurteilungen von Mitgliedern der RAF weit über denen liegen, die zwischen 1949 und 1979 gegen ehemalige Nazis ausgesprochen wurden. Wenn wir von Gedächtnis« sprechen, vereinfachen wir immer: Gedächtnis ist komplex, heterogen, geteilt. Es gibt das Gedächtnis der Ex-Terroristen, das Gedächtnis der Opfer (sowie das »Post-Gedächtnis« deren Kinder); es gab das kollektive Gedächtnis der sozialen Bewegungen, das jetzt erloschen ist; es gibt das kulturelle Gedächtnis,

das die Öffentlichkeit prägt; und es gibt das Gedächtnis der Institutionen, das Gedächtnis des Staates, welches in dieser ganzen Angelegenheit zurückhaltender ist. Das erklärt auch, warum diejenigen, die vor einigen Jahrzehnten nach Frankreich flohen, sich nicht einer Justiz ausliefern wollten, die ihren Verfolgungswillen nicht verbarg, aber kaum Garantien für Unparteilichkeit bot. Eine Justiz, die nicht glaubwürdig erschien, wie Carlo Ginzburg in einem berühmten Aufsatz über den Prozess gegen Adriano Sofri (1991) zeigte. Ich glaube nicht, dass man einfach sagen kann, dass sich die aus Italien Geflohenen der Justiz entzogen haben.

In einem Essay von 2007 erinnern Sie sich an Ihre Erfahrungen als »revolutionärer Militanter« in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Welt einen neuen »Bürgerkrieg« zu erleben schien. Fehlt in der gegenwärtigen Debatte der Kontext? Gegen wen und warum kämpften diese Männer und Frauen?

Ja, der Kontext fehlt: Wir sprechen über Ereignisse, die mehr als 40 Jahre zurückliegen, also zwei Generationen, die aber noch nicht historisiert sind. Sie sind nicht Teil einer Vergangenheit geworden, deren Profil bekannt ist und der man einen Sinn zuschreiben kann. Die aus Italien Geflohenen haben ihre Existenz unter schwierigen Bedingungen neu aufgebaut und ihre Erfahrungen reflektiert.

Die Opfer und ihre Familien werden mit ihrer Trauer alleingelassen. Aber Historisierung bedeutet, über Gefühle hinauszugehen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass dieselben Gefühle in einem kollektiven Raum Akzeptanz finden, im historischen Bewusstsein, dass ein Zyklus abgeschlossen ist. Mein Eindruck ist, dass in Italien die Justiz ein Hindernis für diese Art der Aufarbeitung der Trauer war.

Die politische Gewalt der siebziger Jahre war Teil einer politischen Ära, die mit einer Niederlage der Linken, der Arbeiterbewegung und der alternativen Bewegungen endete. Diese Niederlage ist nie aufgearbeitet worden. Diese Vergangenheit wurde entfernt. Dadurch sind die bleiernen Jahre verschluckt worden, sie sind in die Chroniken sowie in unvollständige oder unerforschte Archive eingegangen, nicht in unser historisches Bewusstsein. Man könnte, psychoanalytisch gesprochen, von Verdrängung sprechen.

Ich möchte der persönlichen Frage nicht ausweichen, auch wenn sie zweitrangig ist. Ich habe 1973 an meiner ersten Demonstration teilgenommen, da war ich 16 Jahre alt. Ich habe den bewaffneten Kampf immer kritisiert, nicht aus Prinzip, sondern weil er mir strategisch und taktisch falsch erschien. Ab 1979 bestand ein großer Teil meiner politischen Tätigkeit in der Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen gegen die Repression. Ich mochte den Slogan **»Weder mit dem Staat noch mit den Roten Brigaden«** nicht, weil er eine Gleichsetzung zwischen zwei inkommensurablen Entitäten herstellte, die nicht mit den gleichen Methoden bekämpft werden konnten.

Rückblickend ist es nicht nur offensichtlich, dass der Schritt zum bewaffneten Kampf verheerend und selbstmörderisch war, sondern auch, dass er erheblich dazu beigetragen hat, die damaligen Protestbewegungen zu begraben und einen diffusen politischen Konflikt einzufrieren. Die Roten Brigaden verstanden sich als Avantgarde und praktizierten die sogenannte Propaganda der Tat, um die sozialen Kämpfe zu radikalisieren. Nach und nach verwandelten sie sich in eine klandestine, von den Bewegungen getrennte Organisation, die ihren Krieg allein gegen den Staat führte. So gerieten sie in eine Spirale, deren Ergebnis nur ihre Vernichtung durch den Staat sein konnte.

Haben die Verhaftungen vom 28. April in Ihren Augen mit den bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahlen zu tun oder ergeben sie sich aus der inneren Dynamik der italienischen Politik?

Ich glaube, dass die aus Italien Geflohenen Gegenstand eines sehr niederträchtigen politischen Kuhhandels sind. Ministerpräsident Mario Draghi will beweisen, dass er in wenigen Wochen etwas erreichen kann, was italienische Regierungen seit Jahren gefordert hatten – ein kluger Schritt im Hinblick auf seine mögliche baldige Wahl zum Staatspräsidenten. Emanuel Macron will im Hinblick auf eine mögliche Wiederwahl bekräftigen, dass er eine autoritäre Wende vollzieht. Das bringt ihn dazu, sich repressiver zu zeigen als die Rechte, sogar als die extreme Rechte. Keine Nachsicht für Terroristen, auch nicht für solche, die seit über 40 Jahren keine Terroristen mehr sind, nie untergetaucht sind und die Gesetze Frankreichs respektieren, des Landes, in dem sie seit Jahrzehnten legal leben. Niemand in Frankreich, nicht einmal Marine Le Pen, hat ihn gebeten, die italienischen Geflüchteten auszuliefern.

*Das Interview wurde zuerst auf der Website von **Storie in Movimento** (Geschichten in Bewegung) veröffentlicht.*

*Übersetzung aus dem Italienischen:
Federica Matteoni*